



# EESC Info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

April 2024 | DE

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	HR	IT	LV	LT	HU	MT	NL
PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV									

## GRUSSWORT



## Grußwort

### **Jede Stimme zählt!**

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stellt mit seinen gravierenden gesellschaftlichen, politischen und finanziellen Folgen für alle Mitgliedstaaten und die Union selbst unsere Demokratien gleich mehrfach auf eine harte Probe. Ich bin jedoch weiterhin fest davon überzeugt, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger in schwierigen Zeiten zusammenstehen. Dass sie sich gemeinsam und entschlossen den Weg in die Zukunft bahnen. Dass sie Europa für sich und für kommende Generationen nach ihren Wünschen und Vorstellungen gestalten, indem sie wählen gehen und mit ihrer Stimme entscheiden, wer in Europa künftig das Sagen haben soll.

Bei der kommenden Europawahl werden die Weichen für den künftigen Kurs der EU in den nächsten fünf Jahren gestellt. Deshalb hat sich der EWSA für den Schulterschluss mit dem Europäischen Parlament entschieden und in Vorbereitung auf die Europawahl, die vom 6. bis 9. Juni 2024 stattfindet, eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit unterzeichnet.

Erfahrungsgemäß ist die Wahlbeteiligung bei der Europawahl im Vergleich zu nationalen Wahlen geringer. Der EWSA wird also für die Europawahl mit ganzer Kraft die Werbetrommel rühren. Um mehr Bürgerinnen und Bürger dazu zu bewegen, wählen zu gehen, werden wir unser Netz aus Arbeitgeberverbänden, Arbeitnehmerorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen mobilisieren, denn dadurch können wir potenziell 90 Millionen Menschen erreichen.

Einige Maßnahmen sind bereits angelaufen: Vom 4. bis 7. März 2024 hat die Woche der Zivilgesellschaft stattgefunden. In

diesem Rahmen kamen mehr als 800 Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Jugendgruppen zusammen und haben über die kommende Wahl und die Zukunft der EU diskutiert.

Die auf der März-Plenartagung verabschiedete [Entschließung](#) des EWSA enthielt den an die Bürgerinnen und Bürger gerichteten Aufruf zur Wahl. Eine [Website](#) mit dem Hashtag #UseYourVote wurde eingerichtet, auf der Mitglieder und Bedienstete Aktivitäten, Veranstaltungen und Initiativen rund um die Europawahl finden und teilen können. Die Öffentlichkeitsarbeit der Mitglieder vor Ort wird eine maßgebliche Rolle spielen.

Am 4. Mai öffnen alle EU-Organe anlässlich des Jahrestags der „Schuman-Erklärung“ ihre Türen zu einem Fest des demokratischen Wahlengagements. Beim Brüsseler Halbmarathon, den „20 km de Bruxelles“ am 26. Mai, wird unser Team „Run for Europe“ für die Kampagne #UseYourVote werben. Denn eine Demokratie ist umso stärker, je mehr Menschen zur Wahl gehen. Mit einer

stärkeren Wahlbeteiligung wird auch die Basis gestärkt, die den gefassten Beschlüssen Legitimität verleiht. Bei dieser Wahl ist es besonders wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger und vor allem junge Menschen wählen gehen. Dadurch können sie ein Zeichen setzen und Europa ein Gesicht geben, ein Gesicht, auf das sie einmal stolz sein werden.

Die Zivilgesellschaft widmet sich den allgemeinen Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger. So kann sie bei dieser Kampagne eine zentrale Rolle spielen – gerade wenn es darum geht, für die Wahl zu werben und die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme zu bewegen.

Lassen Sie uns zusammenarbeiten! Gemeinsam können wir die Bürgerinnen und Bürger und die Organisationen der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen erreichen. Wir können auf der europäischen, der nationalen und der regionalen Ebene mit ihnen in einen echten Dialog treten, ihnen zuhören und dann an unsere Politiker weitergeben, was die Organisationen der Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die wir vertreten, von den neuen MdEP und der neuen Kommission in den nächsten fünf Jahren erwarten.

Denn jede Stimme zählt! **#USEYOURVOTE**

**Laurențiu Plosceanu, Vizepräsident für Kommunikation**

## BITTE VORMERKEN

4. Mai 2024

**[Feiern Sie den Europatag und erfahren Sie mehr über den EWSA: Tag der Offenen Tür am 4. Mai!](#)**

30./31. Mai 2024

**EWSA-Plenartagung**

6.-9. Juni 2024

**[Europawahl 2024](#)**

In dieser Ausgabe lassen wir **Carlos Trindade** zu Wort kommen, EWSA-Mitglied und Berichterstatter für die Stellungnahme „Schutz der Demokratie vor Desinformation“. Im Vorfeld der Europawahl zeigt er auf, wie Desinformation der Demokratie schaden kann, und beschreibt, wie sie zu bekämpfen ist, wenn wir denn in einer Demokratie leben wollen.



## SCHUTZ DER DEMOKRATIE VOR DESINFORMATION

Knapp zwei Monate vor der bevorstehenden Europawahl gewinnt in der europäischen Politik das Thema Desinformation und ihr negativer Einfluss auf die Wahlergebnisse immer mehr an Brisanz.

Seit Jahren geben Desinformation und ihre schädlichen Auswirkungen sowohl der Öffentlichkeit im Allgemeinen als auch Politikerinnen und Politikern im Besonderen Anlass zur Sorge. Unsere demokratische Gesellschaft und weltoffene Lebensweise werden in Frage gestellt. Mithilfe sozialer Medien und Algorithmen orchestrieren rechtsextreme und andere extremistische Kräfte in der EU sowie Autokratien in Drittländern Desinformationskampagnen, die sich gegen das europäische Aufbauwerk richten. Ihre Instrumente sind in erster Linie technischer Natur.

Um die Demokratie zu schützen und Desinformation erfolgreich zu bekämpfen, bedarf es einer breit angelegten Strategie. Helfen können dabei bestehende Technologien. Die Maßnahmen im digitalen Kampf gegen Desinformation, hybride Bedrohungen und Cybersicherheit müssen wirksam gebündelt werden, damit Synergien entstehen und die Sicherheit erhöht werden kann, ohne dabei die Rechtsstaatlichkeit zu gefährden.

Außerdem müssen die Entwicklung und Anwendung von Algorithmen geregelt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, bestimmten Merkmalen von Algorithmen zuzustimmen oder sie abzulehnen. Zudem muss ein angemessenes Gleichgewicht zwischen den Grundrechten der Menschen einerseits und den Rechten des geistigen Eigentums der Unternehmen andererseits hergestellt werden. Es ist jedoch nicht hinnehmbar, dass Technologieunternehmen aus Manipulation und Hetze Profit schlagen. Private Interessen dürfen das öffentliche Interesse nicht überlagern.

Im Rahmen einer öffentlichen, pluralistischen und unabhängigen Berichterstattung in allen EU-Sprachen müssen in den Mitgliedstaaten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene faktisch unbestreitbare Nachrichten verbreitet werden.

Zur Debatte steht nun die Einrichtung eines europäischen öffentlichen Nachrichtensenders, der auf verschiedenen Plattformen präsent ist, redaktionell unabhängig arbeitet und allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern die Informationen zugänglich macht, die sie benötigen, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Weitere notwendige Schritte sind die von der UNESCO vorgeschlagene Einstufung des Journalismus als europäisches öffentliches Gut sowie bessere Möglichkeiten für den Schutz von Journalistinnen und Journalisten.

Mit Blick auf einen kompetenten und mündigen Umgang der Öffentlichkeit mit Medien sollte Finnland, das das kreative Denken bei seinen Bürgerinnen und Bürgern fördert, als leuchtendes Vorbild dienen. Dazu sind Instrumente erforderlich, die die Medien- und Kulturkompetenz sowie das Demokratiebewusstsein auf sämtlichen Bildungsebenen stärken und sich an alle Altersgruppen und auch an sämtliche Minderheiten richten.

Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk. Der beste Weg, sie zu schützen, ist, dass die Menschen ihr Verlangen nach einem Leben in einer Demokratie zum Ausdruck bringen.

Anhand des europäischen Sozialmodells, das auf sozialer und regionaler Inklusion und Kohäsion sowie Gleichheit und Solidarität beruht, lässt sich den Menschen am wirksamsten (und nachvollziehbarsten) vermitteln, dass ihr allgemeines Wohlergehen und Demokratie miteinander verknüpft sind, und es daher in ihrem eigenen Interesse liegt, sich für die Bekämpfung von Desinformation einzusetzen.

Zum Schutz der Demokratie bedarf es umgehend eines tiefergehenden Ansatzes, einer ganzheitlichen Strategie und einer besseren europäischen Regulierung der zahlreichen Facetten des Problems der Desinformation. All diese Aspekte werden in der Stellungnahme TEN/830 behandelt.

**Carlos Trindade, EWSA-Mitglied**



## ÜBERRASCHUNGSGAST

Unser Überraschungsgast in dieser Ausgabe ist Professor **Danuta Hübner**, Mitglied des Europäischen Parlaments, von der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Sie nennt die Gründe, warum die Europawahl 2024 ein „Kampf um Europa“ sein wird und warum die Parteien eine große Verantwortung dafür tragen, dass ihre potenziellen Wählerinnen und Wähler tatsächlich zur Wahl gehen. 2024 können wir es uns nicht leisten, andere darüber entscheiden zu lassen, wer uns im europäischen Beschlussfassungsprozess vertreten wird, weil diesmal einfach zu viel auf dem Spiel steht.



## DANUTA HÜBNER: JEDE STIMME ZÄHLT!

Alle fünf Jahre sind die Bürgerinnen und Bürger in Europa aufgerufen, ihre Vertreter im Europäischen Parlament, dem einzigen direkt gewählten Organ der Europäischen Union, zu wählen. 2024 beginnt die zehnte Legislaturperiode mit 720 neu gewählten Mitgliedern. Sie werden in den nächsten fünf Jahren die Gestaltung Europas, seiner Institutionen und seiner Politik, seiner Stellung in einer polarisierten Welt und seines Einsatzes für gemeinsame Werte entscheidend mitprägen.

Alle Wahlen sind wichtig, denn Wahlen sind die Grundlage der Demokratie. Wir wissen aber auch, dass Demokratie weitaus mehr ist als Wahlen. Wir erleben, dass demokratisch gewählte Regierungen zwar demokratisch handeln, gleichzeitig jedoch die Rechtsstaatlichkeit untergraben. Allerdings sind selbst faire und freie Wahlen allein kein Garant für Demokratie und auch nicht ihr einziger bestimmender Faktor. Deshalb sollten sich die Wählerinnen und Wähler aktiv an den Wahlen beteiligen.

In den vergangenen fünf Jahren stand die Europäische Union vor einigen nahezu existenziellen Herausforderungen. Wir mussten uns mit dem Brexit und seinen Folgen auseinandersetzen. Darauf folgten die COVID-19-Pandemie, die brutale, unmenschliche Invasion Russlands in die Ukraine und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Herausforderungen, u. a. die Energiekrise und die hohe Inflation. Wir haben all diese unerwarteten Störungen bewältigt und gleichzeitig unsere wichtigsten strategischen Ziele des Übergangs zu einer grünen und digital wettbewerbsfähigen Wirtschaft weiterverfolgt. Aufgrund eines sich verändernden geopolitischen Umfelds haben die EU und ihre demokratischen Partner weitreichende Sanktionen gegen Russland verhängt. Ferner haben wir das Risiko unserer Abhängigkeit von China verringert und eine bislang einzigartige solide Grundlage für unsere Beziehungen zu den USA geschaffen. Die Union hat auch das allererste Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie auf den Weg gebracht, das in den kommenden Jahren zum Tragen kommen wird.

Die Europawahl 2024 wird ein „Kampf um Europa“ sein. Im Wahlkampf muss auf die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger eingegangen werden, und ihre Rolle im europäischen Beschlussfassungsprozess muss berücksichtigt werden. Themen wie Migration, Klimawandel und Unterstützung für die Ukraine, die ihre Heimat gegen die Aggression Russlands verteidigt, gehen zweifellos alle an, denen Freiheit, Demokratie und Frieden am Herzen liegen. Die gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger dürfen keine Mühe scheuen, wenn es darum geht, die Erweiterungspolitik neu zu beleben. Bei den Debatten mit den Kandidaten über deren Aufgabe für die nächsten fünf Jahre müssen sie darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie, wenn sie gewählt werden, berücksichtigen müssen, dass die Europäische Union Teil einer im Zerfall begriffenen Welt mit Demokratien

auf der einen und autoritären Regimen auf der anderen Seite ist. 2024 finden weltweit Wahlen statt in Ländern, in denen insgesamt 4 Milliarden Menschen leben.

Wir als Europäerinnen und Europäer werden den Ausgang der Präsidentenwahl in den USA besonders aufmerksam verfolgen. Die transatlantischen Beziehungen werden in unseren Debatten über die Europawahl ein wichtiges Thema sein. Die europäischen Politiker und Parteien dürfen keine Mühe scheuen, um den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen und sie dazu zu ermutigen, sich Gehör zu verschaffen. Geopolitische Unsicherheit macht dies wichtiger denn je. Die Parteien, die ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl aufstellen, vertreten bei Themen, die für unser Leben entscheidende Bedeutung haben, häufig unterschiedliche Auffassungen. Nur wenn wir als Bürgerinnen und Bürger mit den Kandidatinnen und Kandidaten ins Gespräch kommen und zur Wahl gehen, können wir unser Mitspracherecht geltend machen und die Zukunft Europas beeinflussen, die auch unsere Zukunft ist. Manchmal sind wir frustriert und verärgert. Aber genau deshalb ist unsere aktive Beteiligung am politischen Dialog über die Wahl so wichtig.

2019 lag die Wahlbeteiligung bei der Europawahl zum ersten Mal leicht über 50 %. Es waren die Stimmen der jungen Europäerinnen und Europäer, die zu einer höheren Wahlbeteiligung beigetragen haben. Einerseits ist es ja eine gute Nachricht, dass die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht hat. Andererseits bedeutet dies aber auch, dass jeder Zweite von uns, d. h. der stimmberechtigten europäischen Bürgerinnen und Bürger, nicht zur Wahl gegangen ist. 2024 können wir es uns nicht leisten, andere darüber entscheiden zu lassen, wer uns im europäischen Beschlussfassungs- und Gesetzgebungsprozess vertritt. Eine geringe Wahlbeteiligung schwächt die Legitimität der gewählten Mandatsträger, und diese Schwächung wirkt sich wiederum auf ihre Rolle im Europäischen Parlament aus. Die Parteien tragen die große Verantwortung, ihre potenziellen Wählerinnen und Wähler zu motivieren, wählen zu gehen.

Die Europäerinnen und Europäer sehen seit Jahrzehnten ihre Regierungen als ihre Vertreter in der EU. Die Wahl 2024 bietet die Gelegenheit, die tatsächliche Macht des Europäischen Parlaments als Stimme der Bürgerinnen und Bürger unter Beweis zu stellen. Erstwählerinnen und Erstwähler werden dabei sein, denn in fünf Mitgliedstaaten dürfen 16-jährige zur Wahl gehen. Junge Menschen haben andere Erwartungen an die Politik. Das haben wir während der Konferenz zur Zukunft Europas gesehen, nun hören wir es auch in den von der Europäischen Kommission im Nachgang zu der Konferenz organisierten Bürgerforen. Die Politiker sollten die bevorstehende Europawahl als Chance nutzen, um eine neue Generation von Wählern und Politikern aufzubauen, transparente politische Bildung zu fördern sowie zur Identitäts- und Vertrauensbildung beizutragen.

Im Zentrum der Kommunikationsstrategie des Europäischen Parlaments für die Europawahl 2024 stehen die Mobilisierung von Nicht- und Erstwählern, die Unterstützung anderer Beteiligter, einschließlich der Medien, NGO, Unternehmen und Einzelpersonen sowie die Förderung unparteiischen bürgerschaftlichen Engagements der europäischen Bürgerinnen und Bürger und Organisationen, damit möglichst viele wählen gehen.

Eine Einflussnahme aus dem Ausland auf die Europawahl ist bereits zu beobachten, ebenso hybride Desinformationskampagnen, die das Vertrauen in Institutionen und Politiker zerstören und Narrative erzeugen sollen, die die Gesellschaft spalten. Dies geschieht im Vorfeld der Wahl, wird während der Wahl noch zunehmen und auch nach der Wahl zu Störungen führen. Gesetze zur Bekämpfung von Desinformation

müssen durchgesetzt werden. Nationale und europäische Maßnahmen werden nicht ausreichen. Wir brauchen substanzielle Finanzmittel zur Unterstützung eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes, um Desinformation und ihre Verursacher zu entlarven, da Desinformation den Alltag der Menschen und ihre strategischen Entscheidungen beeinflusst.

Bei dieser Wahl steht das Schicksal von Demokratie, Freiheit und Sicherheit auf dem Spiel. Und jede Stimme zählt.

**Danuta Hübner, Mitglied des Europäischen Parlaments (EVP)**

---

6-9 June 2024



I am voting.  
Are you?

## [EWSA INFO-RUBRIK „ICH GEHE WÄHLEN. DU AUCH?“](#)

Heute erscheint in unserer Rubrik „Ich gehe wählen. Du auch?“ der Artikel eines ungarischen Journalisten. Der Chefredakteur von Klubrádió, **Mihály Hardy**, vermittelt einen Eindruck von der Stimmung, die in Ungarn im Vorfeld der Wahl herrscht. Klubrádió, der letzte große unabhängige Radiosender in Ungarn, sendet rund um die Uhr Nachrichten und Hintergrundanalysen zu Zeitgeschehen und Kultur. Dank seiner Popularität und durch Crowdfunding konnte der Sender überleben, obwohl ihm von der ungarischen Medienbehörde die Frequenz entzogen wurde.

---



## MIHÁLY HARDY: FRAGILE FREIHEIT

„Freiheit ist nur ein anderes Wort dafür, nichts mehr zu verlieren zu haben“, heißt es in einem bekannten Country-Song von 1969. Der Text stammt von Kris Kristofferson, und die Coverversionen reichen von Janis Joplin bis Kenny Rogers. „Me and Bobby McGee“ heißt der Titel. Doch die Zeile aus diesem Song hat mit der Freiheit im heutigen Europa wenig zu tun: Denn wenn wir uns nicht für die Freiheit einsetzen, haben wir jede Menge zu verlieren. Vor allem in Ungarn.

An gute Dinge gewöhnen sich die Menschen schnell. Sie verschwenden keinen zweiten Gedanken daran, wie großartig es eigentlich ist, dass es in Europa Freiheiten wie die Reisefreiheit, die Pressefreiheit, die Beschäftigungsfreiheit oder die Bildungsfreiheit gibt. Bei Menschen, die wie ich aus der Generation der Babyboomer stammen, ist das anders. Ich wurde Ende der 1950er Jahre geboren, als Ungarn noch Mitglied des Warschauer Pakts war. Meine Generation erinnert sich an den langen Weg zur Freiheit, vom Fall der Berliner Mauer bis 2004, als Ungarn schließlich Teil der EU, der Familie freier Nationen, wurde. Vom Ende des Kommunismus bis zu dem Tag, an dem unser Land zusammen mit Tschechien, der Slowakei und Polen der EU beitreten konnte, mussten 14 Jahre vergehen. Jetzt denke ich oft daran, dass wieder 14 Jahre vergangen sind. Während die frühen Neunziger wegweisende Jahre der bürgerlichen Freiheiten und der Pressefreiheit waren, ist Ungarn in den letzten 14 Jahren zurückgefallen und immer tiefer in einen Sumpf aus Populismus, Autokratie und konstitutioneller Diktatur abgeglitten. Was für ein Kontrast!

Die Regierung in Budapest hat den gemeinsamen europäischen Werten fast offen den Krieg erklärt. In ihrer Logik ist „Brüssel“ das Feindbild, die EU der Leibhaftige selbst – und das nun schon seit fast 14 Jahren. In diesem Klima ist es äußerst schwierig, Unterstützung für proeuropäische Ideen zu gewinnen, ganz gleich, ob es sich um die Opposition (was davon übrig ist) oder die Zivilgesellschaft und nichtstaatliche Organisationen (auch hier: was davon übrig ist) handelt. Wir geben natürlich dennoch nicht auf! Wir lassen die europäischen Werte nicht vor die Hunde gehen, nur weil ein paar ungarische Politiker beschlossen haben, in einem Takt zu tanzen, der von anderer Stelle vorgegeben wird, möglicherweise vom

Kreml.

Aktuelle Umfragen in Ungarn ergeben, dass die mit der Europäischen Union und den gemeinsamen europäischen Werten verbundenen Vorteile nach wie vor von nahezu 68-70 % der Wahlberechtigten unterstützt und geschätzt werden. Die große Frage ist allerdings, ob diese Menschen auch am 9. Juni 2024 zahlreich zur Europawahl erscheinen. In Ungarn findet diese Wahl am selben Tag wie die Kommunalwahlen statt. Da die Unzufriedenheit im Lande wächst, stehen die Chancen nicht schlecht. Denn jeder Protestwähler, der gegen die Politik der Regierung stimmt, ist gleichzeitig eine Stimme für Europa.

**Mihály Hardy ist ein ungarischer Journalist. Er ist Chefredakteur von Klubrádió.**

---

# EWSA



## Der europäische Binnenmarkt braucht eine neue geopolitische Ausrichtung

**Ein strategisches Umdenken in Bezug auf den Binnenmarkt ist jetzt das Gebot der Stunde. In den letzten 30 Jahren hat sich die Welt verändert, und der Binnenmarkt muss an das neue internationale Umfeld angepasst werden. In diesem Sinne äußerte sich der ehemalige italienische Regierungschef Enrico Letta während der Debatte auf der Plenartagung des EWSA am 20. März 2024.**

**Enrico Letta**, der jetzt Präsident des Jacques-Delors-Instituts ist, erläuterte zudem den Kerngedanken seines Grundsatzberichts über die Zukunft des Binnenmarkts. Er betonte, dass der künftige Binnenmarkt einen geopolitischen Ansatz verfolgen und schwerpunktmäßig auf die strategische Autonomie Europas ausgerichtet werden müsse. Dabei stünden Schlüsselbereiche wie Verteidigung, Telekommunikation, Energie

und Finanzen im Mittelpunkt.

„Das jetzige geopolitische Umfeld unterscheidet sich grundlegend von dem vor 30 Jahren. Wir müssen nun überlegen, welche Folgen die neuen internationalen Bedingungen für den Binnenmarkt und seine Zukunft haben. Wir brauchen einen neuen Ansatz, der auch Themen wie Verteidigung und Erweiterung umfasst“, erklärte er.

EWSA-Präsident **Oliver Röpke** betonte, dass der Erfolg des Binnenmarkts nicht nur in wirtschaftlichen Kennzahlen gemessen werden dürfe, sondern auch die Hoffnungen und das Wohlergehen der europäischen Bürger widerspiegeln müsse: „Wir im EWSA sind der Ansicht, dass es beim Binnenmarkt im Grunde um die Menschen geht und dass das Recht auf Freizügigkeit auch das Recht auf Aufenthalt bedeutet.“

**Enrico Letta** wies darauf hin, dass der Mensch der Ausgangspunkt und gleichzeitig das Ziel des Binnenmarkts sei. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit müsse mit Sozialschutz einhergehen. Die Freizügigkeit und das Aufenthaltsrecht seien Teil derselben Grundfreiheit: „Die Abwanderung hochqualifizierter Kräfte hat in einigen Ländern verheerende Auswirkungen. Wir müssen die Niederlassungsfreiheit, aber auch die Freiheit zur Rückkehr sicherstellen. Heute funktioniert diese Freiheit nur in eine Richtung, was die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt und ein großes Problem in Europa verursacht.“ (mp)

---



## Wohnungskrise – der EWSA fordert die EU zum Handeln auf

**Immer mehr Europäerinnen und Europäer sehen mit Sorge, dass sie keine angemessene und erschwingliche Unterkunft finden können und dadurch folgenden Risiken ausgesetzt sind: unangemessener Wohnraum, finanzieller Druck, unsichere Wohnverhältnisse und sogar Obdachlosigkeit. Unerschwinglicher Wohnraum kann die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen beeinträchtigen, zu ungleichen Lebensbedingungen und Chancen führen sowie höhere Kosten im Gesundheitswesen, Produktivitätseinbußen und Umweltschäden verursachen.**

Auf einer kürzlich vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Brüssel veranstalteten [Konferenz](#) wurde deutlich gewarnt: Die Wohnungskrise in Europa spitzt sich mit den entsprechenden Nebeneffekten zu.

Einer aktuellen Eurofound-Studie zufolge trifft die Wohnungskrise insbesondere junge Menschen und hindert sie daran, zuhause auszuziehen. Das Alter, in dem mindestens 50 % der Menschen ihr Elternhaus verlassen haben, ist in der EU zwischen 2007 und 2019 von 26 auf 28 Jahre gestiegen. Zwischen 2010 und 2019 verzeichneten Spanien, Kroatien, Italien, Zypern, Belgien, Griechenland und Irland den stärksten Zuwachs der 25- bis 34-Jährigen, die bei ihren Eltern leben.

Im Laufe der Jahre hat sich der EWSA bemüht, auf Wohnungsprobleme in der gesamten EU aufmerksam zu machen. Im Jahr 2020 verabschiedete der Ausschuss eine von seinen Mitgliedern **Raymond Hencks** und **András Edelényi** erarbeitete Stellungnahme [Universeller Zugang zu menschenwürdigem, nachhaltigem und langfristig erschwinglichem Wohnraum](#) und forderte darin einen europäischen Aktionsplan für Wohnraum.

Mit den Empfehlungen dieser Konferenz will der EWSA der Debatte politische Impulse verleihen und gewährleisten, dass die Wohnungskrise in der EU auf der Agenda 2024–2029 des neuen Europäischen Parlaments und der neuen Kommission steht. Die Europäische Union muss die Ressourcen bündeln, um den Mangel an angemessenem und erschwinglichem Wohnraum zu bekämpfen. (mp)

---



## Drei EU-Institutionen mahnen die Kommission, die Wasserresilienz-Initiative nicht auf die lange Bank zu schieben

**In einer gemeinsamen Reaktion auf die Verschiebung der Wasserresilienz-Initiative durch die Europäische Kommission richteten Vertreter des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), der Gruppe des Europäischen Parlaments (EP) zum Thema Wasser und des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) einen offenen Brief an Exekutiv-Vizepräsident Maroš Šefčovič, in dem sie die Kommission zu einer umfassenden Wasserpolitik auffordern und ihren Vorschlag für**

**einen europäischen Blauen Deal bekräftigen.**

Das Schreiben spiegelt die gemeinsame Sorge dieser Institutionen über den Aufschub der Initiative zur Resilienz der Wasserversorgung wider. Sie sehen darin ein alarmierendes Signal für den mangelnden Willen der EU, sich der immer drängender werdenden wasserpolitischen Herausforderungen in Europa anzunehmen. Die drei Institutionen vertreten die Zivilgesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger beziehungsweise die Regionen und Kommunen der EU.

Sie schlagen einen ganzheitlichen, kooperativen Ansatz vor, durch den das Thema Wasser in allen Politikbereichen berücksichtigt wird. Es geht ihnen um einen gleichberechtigten sozialen Zugang, den Zugang für Landwirte, Industrie und Infrastruktur sowie um die sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Aspekte von Wasser.

Diese Umorientierung soll über bestehende fragmentierte Ansätze hinausgehen und eine eigenständige Wasserpolitik fördern, die umfassender und wirkungsvoller ist. In diesem interinstitutionellen Aufruf wird die Kommission nachdrücklich aufgefordert, ihre Arbeit an der Initiative zur Resilienz der Wasserversorgung fortzusetzen und Wasser in der kommenden Mandatsperiode (2024-2029) zu einer Top-Priorität der EU zu machen.

Den Volltext des Schreibens finden Sie [hier](#). (gb)

---



## Seltene Krankheiten (#RareDiseases) – der nächste Schritt: Integration der Europäischen Referenznetzwerke in die nationalen Gesundheitssysteme

**Am 8. März 2024 veranstaltete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss als Abschluss der Auftaktveranstaltung der Aktion JARDIN mit der Europäischen Kommission eine Konferenz zum Thema Seltene Krankheiten in der EU: Gemeinsame Aktion zur Gestaltung der Zukunft der Europäischen Referenznetzwerke in Brüssel. Das Ziel bestand darin, eine gemeinsame europäische Initiative zu seltenen Krankheiten ins Leben zu rufen, um die Europäischen Referenznetzwerke (ERN) in die nationalen Gesundheitssysteme zu integrieren und gleichzeitig einen **Schulterschluss zwischen EU-Institutionen, europäischen Ländern, Organisationen der Zivilgesellschaft,****

**Patientenverbänden, Wissenschaft, Fachleuten und Krankenhausleitungen zu vollziehen.**

Bei seltenen oder komplexen Krankheiten mit geringer Prävalenz, die das tägliche Leben von rund 30 Millionen Europäerinnen und Europäern beeinträchtigen, haben die Gesundheitssysteme der EU Schwierigkeiten, eine hochwertige und kosteneffiziente Versorgung sicherzustellen. Um den Austausch über komplexe und seltene Krankheiten und gesundheitliche Beeinträchtigungen, die hochspezialisierte Behandlungen sowie einen gebündelten Einsatz von Fachkenntnissen und Ressourcen erfordern, zu erleichtern, ist es daher wichtig, das Potential der ERN – der virtuellen Netze von Gesundheitsdienstleistern in ganz Europa – zu erschließen.

Mit der gemeinsamen Aktion JARDIN sollen die ERN in die nationalen Gesundheitssysteme integriert werden. Gleichzeitig soll auf ihre Nachhaltigkeit hingearbeitet werden. Es werden mit den ERN gekoppelte nationale Patientenpfade sowie den ERN entsprechende und sie ergänzende nationale Referenznetzwerke und Strukturen für Patienten ohne Diagnose entwickelt.

An dem Projekt, das von Österreich koordiniert wird, sind neben den 27 Mitgliedstaaten der EU auch Norwegen und die Ukraine beteiligt. Insgesamt stehen für einen Zeitraum von drei Jahren Mittel in Höhe von 18,75 Millionen Euro zur Verfügung (15 Millionen Euro von der EU und 3,75 Millionen Euro von den Mitgliedstaaten). Von den erhofften Ergebnissen – wie Empfehlungen, Konzepte und Berichte über konkrete Pilotprojekte – verspricht man sich letztendlich eine Verbesserung der nationalen Pläne für seltene Krankheiten in den EU-Mitgliedstaaten. (mp)

---



## EWSA spricht wichtige Empfehlungen für soziale Einheit und integratives Wachstum in Europa aus

**Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat auf Ersuchen des belgischen EU-Ratsvorsitzes wichtige Empfehlungen vorgelegt, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, die Schulden in den Griff zu bekommen und den Investitionen in die Gesundheitsversorgung und die Beschäftigung in Europa Vorrang einzuräumen. Er äußerte sich besorgt darüber, dass Haushaltszwänge die Bekämpfung von Armut und Klimawandel verlangsamen könnten.**

Seine Empfehlungen formulierte der EWSA in der Stellungnahme „Förderung eines langfristigen inklusiven Wachstums durch Reformen und Investitionen“, die auf der März-Plenartagung unter Teilnahme von **Nicolas Schmit**, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, und der belgischen Ministerin der Pensionen und der Sozialen Eingliederung, **Karine Lalieux**, verabschiedet wurde.

In der Stellungnahme wird betont, dass bestehende Rahmen wie das Europäische Semester und die europäische Säule sozialer Rechte aufeinander abgestimmt werden müssen. Die Rednerinnen und Redner in der hochrangigen Debatte betonten die Notwendigkeit, das soziale Europa voranzubringen und dringende Fragen wie das geschlechtsspezifische Rentengefälle und die digitale Inklusion anzugehen. Die hochrangige Konferenz zur europäischen Säule sozialer Rechte, die demnächst in Belgien stattfinden wird, zeugt von der Entschlossenheit, die Umsetzung dieses Instruments weiter zu fördern.

In den Vorschlägen des Ausschusses werden die effiziente Nutzung der Finanzmittel, die Einbeziehung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft in die Entscheidungsprozesse sowie die Bedeutung der Gewährleistung eines gerechten grünen und digitalen Wandels hervorgehoben. Zu den zentralen Themen gehören Inklusivität ebenso wie die Maximierung der Wirkung von Sozialinvestitionen bei gleichzeitiger Förderung der wirtschaftlichen Stabilität und des sozialen Zusammenhalts in der EU. (tk)



©UN Women

## EWSA vertritt europäische Zivilgesellschaft erstmals in der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau

**Im März nahm der EWSA in New York an der 68. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (CSW68) teil - dem wichtigsten internationalen und zwischenstaatlichen Gremium für die Gleichstellung der Geschlechter.**

Der EWSA war erstmals auf der größten Jahrestagung der Vereinten Nationen zur Stärkung der Stellung von Frauen vertreten, deren diesjähriger Schwerpunkt auf der Beseitigung von Frauenarmut lag. Durch seinen Beitrag – einer zehn Aktionspunkte umfassenden Erklärung zur Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und des sozialen Schutzes von Frauen – verschaffte der EWSA dem Standpunkt der europäischen Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter Gehör.

Die EWSA-Delegation wurde von **Präsident Oliver Röpke** angeführt, der die Geschlechtergleichstellung zu einer zentralen Priorität seiner Arbeit und seiner Präsidentschaft erklärt hat. **EWSA-Präsident Röpke** führte dazu aus: „Der EWSA fordert schon seit Langem politische Maßnahmen auf europäischer und internationaler Ebene, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen und die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten, mit denen Frauen und Mädchen heute zu kämpfen haben, zu beseitigen. Zum ersten Mal tragen wir nun jedoch dieses Engagement unter dem einheitlichen Banner der europäischen Zivilgesellschaft auf die höchstmögliche Ebene des kollektiven Kampfes für die weltweite Gleichstellung der Geschlechter. Armut ist nicht geschlechtsneutral, und folglich darf unsere Antwort auch nicht so ausfallen.“

In den Aktionspunkten der Erklärung des EWSA spiegeln sich dessen Standpunkte zum Thema der CSW68 wider. Die Erklärung zielt darauf ab, die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen, die Armut zu bekämpfen und die Institutionen durch eine geschlechtsspezifische Perspektive im Einklang mit den Prioritäten der EU zu stärken. Dazu gehören unter anderem der Schutz von Frauen vor sämtlichen Formen von Gewalt, niedrigschwellige Gesundheitsdienste, eine faire Vertretung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Förderung von Frauen in Führungspositionen sowie Chancengleichheit durch Bildung.

„In einem Jahr werde ich hoffentlich sagen können, dass diese Forderungen auch durch die Präsenz des EWSA auf der CSW68 mehr Gewicht erhalten haben. Wir haben das Recht und die Aufgabe, kritisch zu sein. Wir brauchen die kritischen Stimmen der Zivilgesellschaft, der Interessenträger, der nichtstaatlichen Organisationen und der Institutionen, die sich für dieses kollektive und gemeinsame Ziel einsetzen: ein gerechteres Europa, eine gerechtere Welt. Wir können und sollten den Weg voran weisen“, so Präsident Röpke. Der EWSA war Teil einer durch den EU-Ratsvorsitz vertretenen EU-Delegation und nahm ebenso wie das Europäische Parlament eine Beobachterfunktion wahr. Neben dem Präsidenten gehörten der EWSA-Delegation folgende Mitglieder an: **Christa Schweng, Mariya Mincheva, Cinzia del Rio, Maria Nikolopoulou, Chiara Corazza** und **Sif Holst**, Vorsitzende der Gruppe „Gleichstellung“ des EWSA. (II)



## [EU-Bio-Preise 2024](#)

**Bewerbungen für die zum dritten Mal verliehenen [EU-Bio-Preise](#) können ab sofort bis spätestens 12. Mai 2024 eingereicht werden.**

Mit den EU-Bio-Preisen werden verschiedene Akteure der gesamten Bio-Wertschöpfungskette ausgezeichnet, die innovative, nachhaltige und inspirierende Projekte mit konkretem Nutzen für die Produktion und den Verbrauch von Bio-Erzeugnissen ins Leben gerufen haben.

Die Preisverleihung findet am 23. September 2024 – dem EU-Bio-Tag – statt.

[Bewerben Sie sich online](#) bis zum 12. Mai 2024, 23.59 Uhr MESZ.



## Erlebe Europa, erlebe Demokratie!

### **Am 4. Mai ist Tag der offenen Tür im EWSA!**

Merken Sie sich **Samstag, den 4. Mai 2024** vor: Am interinstitutionellen Tag der offenen Tür der EU öffnet auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) seine Pforten. Wir feiern die europäische Demokratie und blicken voraus auf die nahenden Europawahlen im Juni. Bei dieser Gelegenheit können Sie mehr über die EU und die europäische Zivilgesellschaft erfahren und herausfinden, wie Ihre Meinung und Ihre Stimme die Zukunft Europas prägen können.

### **Warum lohnt sich ein Besuch beim Tag der offenen Tür des**

#### **EWSA?**

- **Das Jacques-Delors-Gebäude:** Entdecken Sie das sehenswerte EWSA-Gebäude an der Rue Belliard, das europäische Herz der organisierten Zivilgesellschaft. Erleben Sie aus erster Hand, wie Vertreter der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen und anderer Interessenverbände zur Politik der EU beitragen.
- **Interaktives Lernen:** Nehmen Sie teil an lebhaften Debatten mit EWSA-Mitgliedern über Themen, die Ihnen wichtig sind. Erfahren Sie, welchen Einfluss der soziale Dialog auf die Gesetzgebung der EU hat und wie Sie Ihre Stimme hören lassen können.
- **Aktivitäten für alle Altersgruppen:** Genießen Sie eine lebendige Atmosphäre mit erstklassiger Live-Musik, interaktiven Spielen, bei denen Sie Ihr EU-Wissen testen können, und Gesichtsbemalung für die Kleinen. Nehmen Sie ein Erinnerungsgeschenk oder eine Karrikaturzeichnung von sich mit nach Hause und halten Sie den Tag mit einem lustigen Foto aus dem Automaten fest.
- **Eingehende Diskussionen:** Erfahren Sie, wie Insider die Rolle des EWSA einschätzen, wenn es um die Gestaltung eines nachhaltigen, wohlhabenden und inklusiven Europas für alle geht. Sie können mit EWSA-Mitgliedern kurze, gezielte Diskussionen über bestimmte Themen führen, für die Sie sich interessieren. Dies ist eine einmalige Gelegenheit, wertvolle Einblicke in das Herz der europäischen Politik zu gewinnen.
- **Die Macht der Zivilgesellschaft:** Entdecken Sie, wie der EWSA die Kluft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der EU überbrückt. Hier kommen Menschen mit unterschiedlichen Standpunkten zusammen, um sich für soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und für eine stärkere Europäische Union einzusetzen.

#### **Demokratieverfechter auf zwei Rädern!**

Als besonderer Clou trifft am 4. Mai eine Gruppe von Radfahrern im EWSA ein! Einige engagierte EWSA-Mitglieder radeln gemeinsam mit anderen Interessierten 500 km von Frankreich nach Brüssel, um auf die Europawahlen aufmerksam zu machen. Seien Sie dabei, wenn sie beim EWSA ankommen, und erfahren Sie mehr über ihre inspirierende Idee, ihre Tour und die Herausforderungen, die sie unterwegs zu meistern hatten.

#### **Mehr als ein Besuch - es ist ein Erlebnis**

Der Tag der offenen Tür des EWSA ist Ihre Chance, Europa zu erleben, die Demokratie zu feiern und die Macht der Zivilgesellschaft zu entdecken. Egal ob versierter EU-Begeisterter, EU-Skeptiker oder interessierter Neuling – der EWSA hat jedem etwas zu bieten. Entdecken, lernen und engagieren Sie sich im Herzen der europäischen Demokratie!

### **Weitere aktuelle Informationen finden Sie online**

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. In den kommenden Wochen werden wir weitere Informationen über spezifische Aktivitäten und spannende Highlights bekannt geben. Folgen Sie uns in den sozialen Medien und besuchen Sie unsere Website ([www.eesc.europa.eu/openday](http://www.eesc.europa.eu/openday)) für aktuelle Informationen.

Verpassen Sie nicht diese einzigartige Gelegenheit, Ihre EU aus erster Hand zu erleben! (cg)

**#EuropeDay #UseYourVote**

---

## AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



[Stefano Mallia: „Der ökologische Wandel muss so gestaltet werden, dass Unternehmen gegründet werden und wachsen können.“](#)

**Auszug aus einem Interview der Zeitschrift „Yrittäjä“ des finnischen Unternehmensverbands mit Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber**

Die Europawahlen stehen vor der Tür. Im Juni werden die Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten für eine Legislaturperiode von fünf Jahren ihre Vertreter in das Europäische Parlament wählen. **Stefano Mallia**, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber im EWSA, muss nicht lange überlegen, was seiner Meinung nach die größte Herausforderung für europäische Unternehmer in den nächsten fünf Jahren sein wird.

– Der ökologische Wandel, da ist er sich sicher.

Seiner Ansicht nach ist es für die Umstellung auf eine ökologisch nachhaltigere Wirtschaft und ein umweltverträglicheres Wachstum wichtig, dass die Unternehmen florieren können.

– Der ökologische Wandel muss so gestaltet werden, dass Unternehmen gegründet werden und wachsen können. Wenn es den Unternehmen gut geht, dann geht es auch der Gesellschaft insgesamt gut. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und generieren Steuereinnahmen zum Wohle der Gesellschaft.

## Bürokratieabbau

In den letzten Jahren hat sich die Gruppe Arbeitgeber des EWSA verstärkt dafür eingesetzt, dass der Verwaltungsaufwand für Unternehmen erheblich verringert wird. Laut Mallia musste der Kommission unter anderem klargemacht werden, dass die umfangreichen Berichtspflichten für KMU gelockert werden sollten.

- Bei der Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften ist es unerlässlich, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu berücksichtigen. Es muss dafür gesorgt werden, dass Unternehmen wachsen können.

## Die Bedeutung der Beteiligung an den Europawahlen

Mallia räumt zwar ein, dass die Europäische Union eine ganze Reihe von Herausforderungen und Problemen zu bewältigen hat, aber er glaubt, dass die EU insgesamt viel erreicht hat.

- Unternehmer sollten wählen gehen, damit es im Parlament Menschen gibt, die sich um die Belange von Unternehmen und Unternehmern kümmern. Wer seine Stimme nicht nutzt, überlässt anderen die Entscheidungsgewalt. Die Beteiligung an den Europawahlen kann auch verhindern, dass Extremisten weiter an Macht gewinnen.

Das vollständige Interview finden Sie hier: <https://www.yrittajat.fi/uutiset/eu-vaikuttaja-stefano-mallia-vihrea-siirtyma-toteutettava-niin-etta-samaan-aikaan-yrityksia-voidaan-perustaa-ja-ne-voivat-kasvaa/>



## Energiegemeinschaften geben Aufwind: keine Erzeugung ohne Vertretung

von der Gruppe Arbeitnehmer im EWSA

**Energiegenossenschaften und -gemeinschaften sind der Schlüssel zu einem erfolgreichen grünen Wandel. Trotzdem werden sie im europäischen Windkraft-Aktionsplan der Kommission nicht gebührend berücksichtigt - darin wird der zunehmende Widerstand gegen neue Windparks offenbar außer Acht gelassen.**

Im Oktober 2023 legte die Europäische Kommission einen europäischen Windkraft-Aktionsplan vor, der dafür sorgen soll, dass die Energiewende mit einer wettbewerbsfähigen Industrie einhergeht und die Windenergie in Europa auch weiterhin erfolgreich ausgebaut werden kann.

Mehr als ein Drittel des Stroms aus erneuerbaren Quellen und mehr als 17 % der Gesamtstromerzeugung stammen in der EU aus der Windkraft, die damit ein Grundbestandteil einer emissionsneutralen Stromerzeugung der Zukunft ist.

In dem Aktionsplan der Kommission wird der zunehmende Widerstand gegen neue Windparks, der u. a. von Landschafts- und Naturschützern laut wird und zu einer abwehrenden Haltung nach dem [Motto „Aber nicht vor meiner Haustür!“](#) führt, jedoch offenbar außer Acht gelassen.

Genossenschaften und Gemeinschaften, die einen lokalen, von den Bürgern ausgehenden Prozess vorantreiben, durch den die Energiewende mitgetragen werden kann, sind [für die Überwindung dieses Widerstands entscheidend](#) und sorgen maßgeblich dafür, dass möglichst viele von der Energiewende profitieren. Zudem sind sie auch wichtig, wenn die Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen in ein neues, dezentraleres Stromerzeugungssystem münden soll.

Stattdessen stehen im Windkraft-Aktionsplan der Kommission nur Großunternehmen im Vordergrund. Dies schadet dem Fortschritt, verringert die Akzeptanz und gefährdet die Energiewende. Die Kommission sollte den Anwendungsbereich ihres Aktionsplans überdenken und als siebte Säule die Bürgerbeteiligung darin aufnehmen.

Sie sollte bei Ausschreibungen für nicht rein preisorientierte Gebote und die Berücksichtigung von Belangen hinsichtlich Umwelt, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie in Bezug auf die Kollektivvertragsbildung sorgen, [wie vom EWSA jüngst in seiner Stellungnahme zu diesem Thema empfohlen wurde](#).



## Konferenz „Fachkundige Begleitung des europäischen Blauen Deals“ – 8. Europäischer Tag der freien Berufe

von der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

**Die Interessengruppe Freie Berufe des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses veranstaltet am 7. Mai 2024 den 8. Europäischen Tag der freien Berufe von 10.30 bis 16.00 Uhr in Brüssel.**

Diskutieren Sie mit uns über das diesjährige Thema **„Fachkundige Begleitung des europäischen Blauen Deals“**. Gemeinsam mit wichtigen Entscheidungsträgern der Europäischen Kommission, des

Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten werden wir nach Lösungen für die zunehmenden Herausforderungen im Zusammenhang mit Wasser suchen.

Wasser ist eine lebenswichtige, aber immer knapper werdende Ressource. Mit der Zunahme der Weltbevölkerung steigt auch die Nachfrage nach Wasser. Fast zwei Drittel der Unionsbürger sehen die Wasserqualität und/oder -quantität in ihrem Land als ernstes Problem an. Der Klimawandel wird sich weiter auf die Verfügbarkeit, Qualität und Quantität von Wasser auswirken. Wird nicht gehandelt, könnten immer größere Teile der Zivilgesellschaft weltweit von Wasserknappheit und Wasserarmut betroffen sein. Dies hätte ernste Folgen für die Ernährungssicherheit, die Umwelt, die menschliche Gesundheit und die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität.

Bei dieser Konferenz, die sich als interessante und wichtige Plattform für führende europäische Fachkreise etabliert hat, werden wir erörtern, wie freie Berufe dazu beitragen können, innovative Lösungen für die Umsetzung eines europäischen Blauen Deals aufzuzeigen und die wasserpolitischen Herausforderungen in den Griff zu bekommen, vor denen Europa und die Welt in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stehen werden.

Für die Sprachen Englisch, Deutsch und Italienisch wird eine Simultanverdolmetschung angeboten. Die Konferenz ist öffentlich. Sie können persönlich oder per Videoschaltung an der Konferenz teilnehmen. In beiden Fällen ist eine vorherige Anmeldung erforderlich.

Bitte melden Sie sich bis zum 2. Mai 2024 auf unserer [Anmeldeseite](#) an.

---

## EUROPAWAHL SPEZIAL



### [Wahlaufruf zur Europawahl im Juni 2024: EWSA fordert Europäerinnen und Europäer auf, für ein geeintes und demokratisches Europa zu stimmen](#)

**Am 20. März verabschiedete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) eine [EntschlieÙung](#), in der er die europäischen Bürgerinnen und Bürger aufrief, von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch zu machen und bei der kommenden Europawahl ihre Stimme abzugeben.**

„Wir haben schwierige Zeiten hinter uns, aber niemand kann leugnen, dass die EU Frieden, Demokratie, wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Fortschritt für ihre Mitgliedstaaten sowie ihre Bürgerinnen und Bürger garantiert. Dank der Union haben wir die Freiheit, in jedem der EU-Länder zu arbeiten, zu studieren und Geschäfte zu tätigen“, erklärt der EWSA in seiner EntschlieÙung.

„Nationalismus, Populismus und nationale Alleingänge sind nicht die Antwort. Gemeinsames Handeln, Zusammenarbeit und Konvergenz hingegen durchaus“, betont EWSA und fügt hinzu, dass kein EU-Land Herausforderungen wie steigende Inflation, Kriege, Migration oder den Klimanotstand allein bewältigen kann.

Die EntschlieÙung wurde auf der März-Plenartagung des EWSA im Anschluss an die Debatte *Die Europawahl 2024 aus Sicht der Zivilgesellschaft* verabschiedet, an der Aktivisten der Zivilgesellschaft und Vertreter der nationalen Wirtschafts- und Sozialräte Frankreichs und Bulgariens teilnahmen.

Der EWSA erklärte, dass er sein Netz, das mindestens 90 Millionen Menschen in der gesamten EU umspannt, mobilisieren möchte, um dafür zu sorgen, dass die Europäerinnen und Europäer ihre Stimme abgeben und darüber entscheiden, wer sie in den nächsten fünf Jahren im Europäischen Parlament vertreten soll.

**EWSA-Präsident Oliver Röpke** betonte auf der Plenartagung, dass die Organisationen, denen die EWSA-Mitglieder angehören, in der Zivilgesellschaft ihres jeweiligen Landes tief verwurzelt sind: „Wir können jeden und jede erreichen, wir können und müssen die Menschen zur Stimmabgabe bewegen, ja wir sind sogar moralisch dazu verpflichtet.“

Der EWSA hat sich [mit dem Europäischen Parlament zusammengeschlossen](#), um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Vor allem in bestimmten Mitgliedstaaten fällt diese in der Regel sehr viel niedriger aus als bei nationalen Parlamentswahlen.

Der EWSA-Präsident betonte, dass vor dem Hintergrund des Rückgangs der Demokratie weltweit und in einigen Mitgliedstaaten bei der Europawahl 2024 besonders viel auf dem Spiel steht.

„Diese Wahl ist keine Wunderwaffe, mit der wir alle unsere Probleme lösen, unsere Ängste besänftigen oder die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger zerstreuen können. Doch sie bietet eine legitime Möglichkeit, unsere Wünsche zu äußern, eine bessere Zukunft einzufordern und die Entscheidungsträger zur Rechenschaft zu ziehen“, erklärte Röpke.

Auf der Plenartagung haben die drei Berichterstatter der Entschließung, die EWSA-Mitglieder Christa Schweng, Cinzia del Rio und Ioannis Vardakastanis, die jeweils die Gruppen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Organisationen der Zivilgesellschaft vertreten, einstimmig an die Europäerinnen und Europäer appelliert, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und Vertreterinnen und Vertreter zu wählen, die für ein vereintes, demokratisches, nachhaltiges und soziales Europa eintreten.

Der EWSA wird im Juli eine weitere Entschließung zu den Forderungen der Zivilgesellschaft an das neu gewählte Europäische Parlament und die neue Europäische Kommission verabschieden.(II)

---



## EWSA und EP vereinbaren enge Zusammenarbeit im Vorfeld der Europawahl 2024

**Am 27. Februar unterzeichneten der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), Oliver Röpke, und die Präsidentin des Europäischen Parlaments (EP), Roberta Metsola, eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Vorfeld der Europawahl.**

Ziel der Partnerschaft ist es, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen zu vertiefen, um für die Europawahl zu werben, die Wahlbeteiligung – insbesondere bei Nichtwählern und Erstwählern – zu steigern und der Verbreitung von Falschinformationen entgegenzuwirken.

Unter anderem haben die beiden Institutionen vereinbart, ihre Zusammenarbeit bei der Öffentlichkeitsarbeit zur Europawahl zu intensivieren, sich in Bezug auf die Organisation von Veranstaltungen wie

des Tags der offenen Tür oder der Woche der Zivilgesellschaft abzusprechen und Informationen für die Plattformen „gemeinsamfuer.eu“ und „Was tut Europa für mich“ bereitzustellen.

**EWSA-Präsident Oliver Röpke** sagte: „Die Europawahl ist eine Bewährungsprobe für die europäische Demokratie. Der EWSA bietet der Zivilgesellschaft eine Plattform, über die sie sich für diese Demokratie einsetzen kann. Ich begrüße die heutige Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament, die es uns ermöglicht, im Vorfeld der Europawahl eine aktivere Rolle zu spielen und auf die Wählerinnen und Wähler zuzugehen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Der EWSA und das Europäische Parlament sind in diesem Unterfangen Partner und Verbündete.“

In der Vereinbarung werden konkrete Bereiche festgelegt, in denen die Zusammenarbeit zwischen dem EWSA und dem EP im Vorfeld der Europawahl 2024 fortgesetzt und intensiviert werden soll. (kn/ll)

---



## Eine Frage an ...

Der EWSA hat eine [EntschlieÙung](#) verabschiedet, in der er die Europäerinnen und Europäer aufruft, an den Europawahlen teilzunehmen. Die drei Berichterstatter für die EntschlieÙung sind die EWSA-Mitglieder **Christa Schweng**, **Cinzia del Rio** und **Ioannis Vardakastanis** (die jeweils die Gruppen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Organisationen der Zivilgesellschaft des EWSA vertreten). Sie hoffen, dass die Europäer von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen und Abgeordnete wählen werden, die sich für ein geeintes, demokratisches, nachhaltiges und soziales Europa einsetzen. In unserer Kolumne „Eine Frage an...“ haben wir die drei Berichterstatter gefragt, was bei dieser Wahl auf dem Spiel steht und warum jeder im Juni von seinem Stimmrecht Gebrauch machen sollte.



**Christa Schweng, ehemalige EWSA-Präsidentin und Mitglied der Gruppe Arbeitgeber des EWSA**

Bei den Europawahlen entscheiden die Europäerinnen und Europäer darüber, wer in den nächsten fünf Jahren an der Spitze der Europäischen Union stehen wird. Angesichts des Angriffskriegs gegen die Ukraine, der sich direkt vor unserer Haustür abspielt, finden die Wahlen diesmal in einem sich dramatisch verändernden geopolitischen Kontext statt. Länder, die uns bereits in der Vergangenheit nicht wohlgesonnen waren, bilden neue Bündnisse und feinden unsere Lebensweise an. Der Zustand der Demokratie ist gelinde gesagt besorgniserregend, denn weltweit sind die Demokratien in die Defensive geraten. Der Rechtsstaat und die Pressefreiheit – um nur zwei der gängigsten Indikatoren zu nennen – sind in Bedrängnis geraten. Europaweit erleben wir immer häufiger Angriffe auf liberale Demokratien. In mehreren Mitgliedstaaten beobachten wir, dass die zentralen europäischen Werte untergraben, der zivilgesellschaftliche Raum ausgehöhlt und die Medienfreiheit eingeschränkt werden.

Desinformation und Falschmeldungen spalten unsere Gesellschaft und führen zu Misstrauen und Hass.

Die EU gründet sich auf gemeinsame Werte: Demokratie, Schutz der Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung, Gleichheit, Solidarität und demokratische Teilhabe. Diese Werte sollten niemals als selbstverständlich betrachtet werden – sie müssen kontinuierlich gestärkt, verteidigt und geschützt werden.

Die Europawahlen sind Gelegenheit, zu zeigen, dass uns die Demokratie und unsere Grundwerte am Herzen liegen. Deshalb ist es wichtig, dass wir Europäer unser Stimmrecht nutzen.



**Cinzia del Rio, Mitglied der Gruppe Arbeitnehmer**

Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger, für Europa, für das europäische Projekt und für ein stärker integriertes und solidarischeres Europa zu stimmen. Die Europäische Union gründet auf Werten, Grundsätzen, Rechtsstaatlichkeit, Rechten und Teilhabe. Diese Prinzipien sind nicht verhandelbar, da sie die Grundlagen unserer Demokratie bilden und Schlüsselemente unseres Modells für integratives und nachhaltiges Wachstums sind. Wir müssen das Fundament unserer Demokratie absichern.

Europa steht heute vor neuen Herausforderungen:

- In dem fragmentierten und konfliktgeprägten geopolitischen Kontext müssen wir uns auf neue wirtschaftliche und politische *Global Player* und Wettbewerber einstellen.
- Europa muss den ökologischen, digitalen und demografischen Wandel sowie den technologischen Wandel, Innovationen und die Entwicklung von KI mit einem auf den Menschen ausgerichteten Ansatz gestalten. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass junge Menschen in diese Prozesse einbezogen werden.
- Europa braucht eine neue gemeinsame Industriepolitik und neue gemeinsame Finanzinstrumente.
- Europa braucht soziale Investitionen, um die europäische Säule sozialer Rechte vollständig umzusetzen, den sozialen Zusammenhalt zu verbessern, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und Armut, Ungleichheiten und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.

Kein europäisches Land schafft dies im Alleingang. Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, mit ihrer Stimme für eine stärkere Integration der Europäischen Union zu sorgen. Helfen Sie uns bei unserem Einsatz für einen dauerhaften Frieden und den Erhalt unseres Wirtschafts- und Sozialmodells.



**Ioannis Vardakastanis, Mitglied der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft**

Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament sind für die Zukunft der Union und den gesamten Kontinent von großer Bedeutung. Es geht um das, was die EU im Kern ausmacht: unsere Einheit, die Demokratie, die Wettbewerbsfähigkeit, die Nachhaltigkeit und die soziale Gerechtigkeit. Es ist entscheidend, dass die EU-Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, denn das Parlament gestaltet die EU von morgen.

Die EU ist ein Symbol für Zusammenarbeit und Chancen, und sie arbeitet für Frieden, Demokratie, Inklusivität und Wohlstand. Die steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten, der Klimawandel und die

Konflikte verunsichern die Menschen immer mehr, weshalb einheitliche gesamteuropäische Antworten auf diese Herausforderungen gefunden werden müssen.

Der Nationalismus kann keine Antworten geben. Was wir brauchen, sind Zusammenarbeit, Solidarität und ein wirksamer zivilgesellschaftlicher Dialog, um diese Probleme zu lösen und unsere demokratischen Werte zu schützen. Die EU muss außerdem eine globale Führungsrolle übernehmen und Frieden, die multilaterale Ordnung und den Umweltschutz fördern. Der Übergang zu einer digitalen und grünen Wirtschaft ist unerlässlich. Inklusivität ist dabei von entscheidender Bedeutung. Allen Bürgerinnen und Bürgern muss die Chance gegeben werden, sich an der Gestaltung unserer Zukunft zu beteiligen. Als Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses setzen wir uns für diese Grundsätzen ein. Denken Sie daran, dass Sie mit Ihrer Stimme die Zukunft unserer Union mitgestalten! Lassen Sie uns gemeinsam für eine demokratische, wettbewerbsfähige, nachhaltige und soziale EU eintreten. Ihre Stimme ist wichtig – nutzen Sie sie für eine bessere Zukunft Europas!

Der Wortlaut der Entschließung ist auf der EWSA-Website zur [Europawahl](#) zu finden.

---



## Desinformation hat dann Erfolg, wenn der Adressat schwach ist

**Wir haben mit dem georgisch-französischen Journalisten Régis Genté über die Themen gesprochen, die bei der Europawahl ganz oben rangieren: das Erstarken des Rechtsextremismus, die Wahlmüdigkeit junger Wählerinnen und Wähler und Desinformation. Régis Genté ist ein politischer Experte für den postsowjetischen Raum und berichtet für Qualitätsmedien wie Radio France Internationale, France 24 TV und Le Figaro.**

***EWSA info: Glauben Sie, dass das Erstarken rechtsextremer Parteien in Europa den Ausgang der Europawahl bestimmen wird?***

Ich bin zwar wahrlich kein Experte, was rechtsextreme Parteien in Europa betrifft. Aber wenn ich mir die Ergebnisse der aktuellen Umfragen bei uns (in Frankreich) anschau, kann ich nur feststellen, dass die Rechtsextremen tatsächlich Oberwasser haben. Bei der Europawahl haben die europäischen Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, den Politikern zu zeigen, was sie von der Lage im eigenen Land halten, oder ihnen diesbezüglich einen Denkkzettel zu erteilen. Das bedeutet, dass es für sie an erster Stelle um die politische Lage im eigenen Land geht. Wie es um Europa steht, ist zweitrangig. Also ja, die rechtsextremen Parteien werden den Ausgang dieser Wahl wahrscheinlich mitbestimmen, denn das Verhältnis zwischen staatlicher Souveränität und europäischer Integration steht zunehmend zur Debatte.

***Sind junge Menschen Ihrer Meinung nach motiviert, zur Europawahl zu gehen?***

Als einfacher Bürger, der 22 Jahre seines Lebens in einem Land des postsowjetischen Raums verbracht hat und auch recht oft mit jungen Menschen spricht, würde ich sagen: Sie sind nicht gerade motiviert. Und in Georgien, wo ich lebe, sieht es nicht viel anders aus. Dort sind die jungen Menschen zwar politisiert, aber sie sind weder für eine Regierungs- noch für eine Oppositionspartei. Sie wollen das politische Leben ihres Landes mitgestalten. Aber weil sie sich von keiner Partei oder

deren Spitzenpolitikern wirklich vertreten fühlen, gehen sie nicht zur Wahl. Ich finde diese Haltung sehr interessant und respektiere sie, weil so eine politische Neugestaltung angestoßen werden kann, die über die repräsentative Demokratie und Parteipolitik hinausgeht. Aber bis es soweit ist, wird die politische Landschaft weiter von Politikern und verschiedenen politischen Kräften bestimmt, und die jungen Menschen bleiben außen vor.

**Wie stark kann Desinformation die Wähler vor der Europawahl beeinflussen?**

Desinformation hat dann Erfolg, wenn der Adressat, also in diesem Fall Europa, schwach ist. Probleme entstehen nicht durch russische Desinformation. Desinformation macht sich bestehende Probleme zunutze. Uns allen ist bewusst, dass sich unsere Gesellschaften derzeit in einer schweren politischen und moralischen Krise befinden. Diese Krise bietet leider einen fruchtbaren Nährboden, auf dem sich Desinformation

wirkungsvoll entfalten kann. Allerdings denke ich, dass uns das als Europäer und Weltbürger inzwischen nicht mehr unvorbereitet trifft, da wir Erfahrungen im Umgang mit Nachrichten in den sozialen Medien gesammelt haben. In den letzten zehn Jahren haben wir einiges dazugelernt. Wir können Nachrichten von Plattformen der sozialen Medien inzwischen etwas besser einordnen, weil wir wissen, dass sie Brutstätten von Manipulation und Desinformation sind. Wir sollten nicht zu pessimistisch sein, denn so sind wir auch schon Opfer von Desinformation geworden. Die Gesellschaft ist nicht mehr so naiv, und die Menschen wissen inzwischen, dass Länder und andere politische Akteure soziale Netzwerke zur Manipulation der öffentlichen Meinung missbrauchen können. Meines Erachtens ist nur eine Minderheit in den sozialen Medien aktiv. Die überwiegende Mehrheit der Durchschnittsbevölkerung, gebildete Menschen, melden sich dort oft gar nicht zu Wort. Und diese große Mehrheit glaubt auch nicht jeden Unsinn, der in den sozialen Medien verbreitet wird.

## Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)  
Laura Lui (ll)

## Beiträge zu dieser Ausgabe von

Daniela Vincenti (dv)  
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)  
Agata Berdys (ab)  
Giorgia Battiato (gb)  
Jasmin Kloetzing (jk)  
Katerina Serifi (ks)  
Katharina Radler (kr)  
Laura Lui (ll)  
Marco Pezzani (mp)  
Margarita Gavanias (mg)  
Margarida Reis (mr)  
Millie Tsoumani (mt)  
Pablo Ribera Paya (prp)  
Simran Grewal (sg)  
Thomas Kersten (tk)

## Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)  
Giorgia Battiato (gb)

## Anschrift

European Economic and Social Committee  
Jacques Delors Building,  
99 Rue Belliard,  
B-1040 Brussels, Belgium

Tel. (+32 2) 546.94.76

Email: [eescinfo@eesc.europa.eu](mailto:eescinfo@eesc.europa.eu)

EESC info is published nine times a year during EESC plenary sessions. EESC info is available in 24 languages  
EESC info is not an official record of the EESC's proceedings; for this, please refer to the Official Journal of the  
European Union or to the Committee's other publications.

Reproduction permitted if EESC info is mentioned as the source and a link is sent to the editor.

04/2024